

Positionspapier LCH

POLITISCHE BILDUNG IN DER SCHULE STÄRKEN – DAS FUNDAMENT FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE LEGEN

Die Demokratie und die Grundrechte sind in der Schweiz keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen von jeder Generation aufs Neue erarbeitet und verteidigt werden. Eine zentrale Rolle dabei spielt die Politische Bildung, durch die junge Menschen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erzogen werden. Sie vermittelt nicht nur Fachwissen, sondern fördert auch demokratische Kompetenzen, Diskussionskultur und Medienkompetenz mit dem Ziel der Motivierung zur politischen Partizipation. Doch trotz der grossen Bedeutung der Politischen Bildung für die Schweizer Demokratie schneiden Schweizer Jugendliche in entsprechenden Studien nur durchschnittlich ab. Viele Jugendliche haben wenig Vertrauen in die Politik. Zudem gewinnen autoritäre Denkweisen an Zuspruch. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich auch in den Schulen.

Die Schule spielt auf allen Stufen eine zentrale Rolle für die Politische Bildung. Die Politische Bildung muss dazu in den Lehrplänen besser verankert und auf den verschiedenen Schulstufen entsprechend umgesetzt werden. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen im Bereich Politische Bildung muss gestärkt werden. Schulen sollen parteipolitisch und religiös neutral sein, und demokratische Grundwerte vermitteln. Für Schülerinnen und Schüler müssen demokratische Prozesse erlebbar gemacht werden. Ihre kritische Auseinandersetzung und Medienkompetenz gilt es zu fördern. Durch Kooperationen mit externen Bildungsträgern kann das Thema Politische Bildung bereichert werden. Nicht zuletzt müssen Forschung und Evaluation im Bereich der Politischen Bildung unterstützt werden. Es zeigt sich also deutlich, dass zum Erhalt der Demokratie in der Schweiz die Politische Bildung in der Schule auf allen Ebenen gestärkt werden muss. Der Verband LCH präsentiert eine Reihe von Forderungen, wie dieses Ziel mit geeigneten Massnahmen erreicht werden kann. Die Umsetzung dieser Vorschläge erscheint dringend geboten.

Dieses Positionspapier LCH präsentiert und erläutert Forderungen, wie die Politische Bildung an Schweizer Schulen gestärkt werden kann.

FORDERUNGEN DES LCH

Politische Bildung auf allen Stufen und Bereichen des Bildungssystems umsetzen

- Stärkung Politischer Bildung in den Lehrplänen und Stundentafeln. Schulleitungen, Lehrpersonen und Schulen insgesamt geben der Politischen Bildung eine angemessene Priorität. Politische Bildung ist einerseits an den Fachunterricht gebunden und zugleich transversaler Bildungsinhalt auf der Ebene Klasse und Schule.
- Politische Bildung sollte möglichst früh beginnen und möglichst lange weitergehen (von Primarstufe bis und mit Sek-II-Stufe und darüber hinaus) und altersgerecht vermittelt werden (NEU).
- Verankerung und Zeitgefässe im Unterricht: Ausreichend Zeit und Ressourcen für die Behandlung politischer Themen. Gestaltungsfreiraum für Lehrpersonen, um auf aktuelle und für Schülerinnen und Schüler relevante Themen eingehen zu können.
- Politische Partizipation von Schülerinnen und Schülern in formalen und non-formalen Kontexten muss auf allen drei föderalen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) gefördert werden.
- Nötig ist die Entwicklung eines umfassenden Kompetenzmodells in Zusammenarbeit von Praxis, Forschung, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Behörden und Politik, das für die Primarstufe bis zur Sekundarstufe II gilt. Erst so ist eine kompetenzorientierte Entwicklung der Politischen Bildung überhaupt erst möglich. Zudem muss sichergestellt werden, dass die verschiedenen Stufen jeweils aufeinander aufbauen.
- Kantonale Unterschiede reduzieren: zielgerichtete und sinnvolle Harmonisierung der Politischen Bildung und ihrer Ziele und Standards durch Zusammenarbeit der Kantone als Schulträger.

Fach- und Methodenkompetenz der Lehrpersonen sichern und erweitern

- Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen im Bereich Politische Bildung stärken. Politische Bildung als fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen. Lehrpersonen-bildende Institute erhalten die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen zur Stärkung der Politischen Bildung in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLB).
- Good Practice sichtbar machen: Vermittlung von Praxisbeispielen erfolgreicher Umsetzung Politischer Bildung.

Balance zwischen Wertevermittlung und Neutralität wahren

- Die Schule soll parteipolitisch und religiös neutral sein, aber nicht wertneutral. Lehrpersonen und Lehrmittel sollen demokratische und humanistische Werte vermitteln. Lehrpersonen dürfen dabei auch ihre eigene Meinung einbringen (siehe «Beutelsbacher Konsens»):
 - Befürchtungen vor politischer Indoktrination sollen durch klares Bekenntnis aller Bildungsakteure zur konsequenten Umsetzung des Beutelsbacher Konsens begegnet werden.
 - Lehrpersonen müssen vom Bildungsträger in ihrer Vermittlung der Politischen Bildung geschützt und gestärkt werden.

Demokratische Prozesse erlebbar machen

- Partizipationsprojekte gezielt fördern: Demokratie kann erlernt werden, wenn sie auch erlebt wird. Demokratische Prozesse müssen gelebt werden durch partizipatorische Projekte in der Klasse sowie in und ausserhalb der Schule. Dabei sollte es sich um echte, d. h. wirksame Partizipation handeln. Pseudo-Partizipation wirkt demotivierend und ist zu vermeiden. Selbstwirksamkeitserfahrungen hingegen stärken die Motivation.
- Exkursionen zu politischen Institutionen wie Parlament, Gemeinderat oder Gericht sollten gefördert werden. Anschaulichkeit ist wichtig für das politische Lernen.

Kritisches Denken und Diskussionskultur fördern

- Die Schülerinnen und Schüler sollen ermutigt werden, sich kritisch und aktiv mit politischen Themen auseinanderzusetzen.
- Sie sollen lernen, eigene Positionen zu entwickeln und ihre Meinungen zu äussern. Dies kann durch Diskussionen, Debatten und Rollenspiele im Unterricht gefördert werden.

- Offenes Klima: Schulen sollen ein offenes Klima schaffen, welches Meinungspluralismus und kontroverse Diskussionen zulässt. Es sollen dabei aber keine künstlichen Kontroversen erzeugt werden.
- Kontroverse, politische Themen müssen vertieft und stufengerecht erarbeitet werden (und nicht nur oberflächlich zusammengefasst werden).

Medienkompetenzen stärken

- Verstärkung der Vermittlung von Medienkompetenzen: Einsatz digitaler und nicht-digitaler Medien zur Vermittlung von Politischer Bildung. Schülerinnen und Schüler lernen, wie sie Medien nutzen können, um sich über politische Themen zu informieren und sich an politischen Diskussionen zu beteiligen.
- Schülerinnen und Schüler können Aussagen und Quellen kritisch beurteilen und insbesondere ihre Plausibilität einschätzen. Sie sind in der Lage, sich selbstständig eine Meinung zu bilden.

Ausserschulische Akteure miteinbeziehen

- Mehr Kooperationen mit externen politischen Bildungsträgern, um das Thema Politische Bildung zu bereichern, etwa durch Projekttag oder Workshops.
- Einbezug von Expertinnen und Experten: Fachpersonen aus verschiedenen Bereichen (z.B. Politik, Politikwissenschaften, Journalismus, Nichtregierungsorganisationen) sollten in den Unterricht oder an Podiumsdiskussionen eingeladen werden, um den Schülerinnen und Schülern Einblicke in die praktische Anwendung politischer Konzepte zu geben.

Forschung und Evaluation unterstützen

- Bund, Kantone und Hochschulen: Stärkung von Kompetenzzentren für Politische Bildung
- Nationale Studien: Es braucht nationale Studien mit Vergleichsdaten und grosser Breitenwirkung zur Definition von Politischer Bildung und Demokratiekompetenz.
- Qualitätssicherung: regelmässige und stufengerechte Evaluation der Wirksamkeit und der Qualität Politischer Bildung an Schulen

Zürich, 27. April 2024 / PrK LCH